

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.  
(incl. Bringerlohn) in der  
Expedition, bei unsern Boten,  
sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

**Erscheint**

wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die Kleinsp.  
Zeile 10 Pf.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

**№. 95.**

31. Jahrgang.

Dienstag, den 12. August

**1884.**

**Der internationale Schiedsgerichtskongress,**  
welcher gegenwärtig in Bern tagt, steht auf dem  
Boden der tatsächlichen Verhältnisse, strebt Erreich-  
bares an und unterscheidet sich damit sehr vortheil-  
haft von der sogenannten „Friedens- und Freiheits-  
liga“, welche gleichfalls auf den ewigen Weltfrieden  
hinarbeitet.

Wie schon sein Name sagt, will der Schieds-  
gerichtskongress alle internationalen Streitigkeiten durch  
Schiedsgerichtspruch ausgleichen. In diesem Sinne  
hat er auch Telegramme an den Fürsten Bismarck  
und die leitenden Minister der übrigen Großmächte  
gerichtet, worin dieselben um Unterstützung der Zwecke  
des Kongresses ersucht werden. Eine gleichzeitige  
allgemeine Abrüstung wird als Hauptmittel zur Er-  
reichung des Weltfriedens hingestellt und gleichzeitig  
trägt man sich mit der Absicht, die kleineren Länder  
und die internationalen Wasserstraßen allgemein als  
neutral anerkennen zu lassen.

Dreißig dänische Reichstagsabgeordnete (der dänische  
Reichstag hat im Ganzen 102 Mitglieder) haben beim  
Kongress den Antrag gestellt: Die Neutralitätsklärung  
der drei nordischen Reiche Schweden, Norwegen und  
Dänemark sei eine Förderung des Weltfriedens und  
des Wohlergehens dieser Länder. Die Neutralität  
des Sundes und des großen Belts sollte durch be-  
sondere Verträge geregelt werden. Der Kongress hat  
dem einstimmig zugestimmt und auf Antrag zweier Ver-  
treter Rumäniens dieses Land als der Neutralität  
bedürftig erklärt. Ein fernerer Antrag, daß die neu-  
tralen Länder ihre Heere auflösen sollten, da dieselben  
ja zwecklos wären, wurde verworfen. Der Gedanke  
mag dabei maßgebend gewesen sein, daß den neutralen  
Ländern die materiellen Mittel gewahrt bleiben müssen,  
gegebenenfalls ihre Neutralität behaupten zu können.  
Belgien und die Schweiz haben zu diesem Zwecke  
in den Kriegsjahren 1870/71 verhältnismäßig starker  
Heeresabteilungen bedurft.

Von französischer Seite lag ein Antrag vor, die  
Neutralisation von Elsaß-Lothringen in den Kreis  
der Beratungen zu ziehen. Würde die Neutralitäts-  
klärung durchgeführt, dann wäre es Frankreich und  
Deutschland für die Zukunft einfach unmöglich, auf  
dem Lande aneinander zu kommen. Belgien, Luxem-  
burg und die Schweiz sind bereits neutrale Staaten  
und nur der Wasgau ist offen; würde derselbe für  
neutral erklärt, dann wären Frankreich und Deutsch-  
land durch eine Mauer von einander getrennt, d. h.  
so lange beide Mächte die neutrale Zone respektieren  
würden. Aber gegen die Neutralitätsklärung legten  
die auf dem Kongress anwesenden Deutschen und  
selbst ein Elsaßer Verwahrung ein; die Neutralisation  
könne sich bloß auf selbstständige Länder beziehen,  
nie auf Gebietsheile eines größeren Staates.

Zu erwähnen ist noch, daß der Kongress auch den  
Wunsch aussprach, den unteren Lauf der Donau vom  
Eisernen Thor bis zur Mündung für neutral erklärt  
zu sehen. Es wäre dies allerdings die einfachste  
Lösung einer Frage, mit der sich die sogen. Donau-  
Kommission jahrelang abgemüht hat.

Von den Ministern der Großmächte, die seitens  
des Kongresses mit Telegrammen bedacht wurden, hat  
bisher nur der italienische Minister des Auswärtigen,  
Mancini, geantwortet. Das Schreiben desselben drückt  
dem Kongress die wärmste Sympathie aus und dieselbe  
wird wohl von allen Friedensfreunden getheilt werden.  
Leider sind aber die europäischen Verhältnisse immer  
noch so gestaltet, daß für Deutschland der alte römische  
Spruch gilt: Si vis pacem, para bellum! (Wenn  
Du Frieden wünschst, so sei zum Kriege gerüstet.)  
Ein anderes zwar hartes, aber wahres Wort des  
Fürsten Reichskanzlers sagt, daß die Aenderung ge-  
wisser Verhältnisse nicht durch Majoritätsbeschlüsse,  
Reden und dergl., sondern nur durch „Blut und  
Eisen“ bewirkt werden könne. Und wer will leugnen,  
daß immer noch eine große Menge solcher „Verhält-  
nisse“ existirt. Vorkünftig liegt wohl die beste Friedens-  
gewähr darin, daß die stärkste Kriegsmacht der Welt  
den Frieden will, in dieser Absicht Freunde sucht

und findet und endlich, daß sie auch ihre Gegner  
immer mehr und mehr von ihrer Friedensmission  
überzeugt.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Reichskanzler hat sich  
in energischer Weise der Bremer Firma angenommen,  
deren Proviantkutter von englischen Fischern  
ausgeraubt worden. Der Reichskanzler soll nicht  
allein in dieser Angelegenheit eine ernste Note nach  
London gerichtet, sondern auch direkte Weisung an  
die kaiserliche Admiralität erteilt haben, schleunige  
Maßregeln zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit  
zu ergreifen.

— Bekanntlich soll am 18. October auf der  
Wartburg eine Studenten-Versammlung  
stattfinden. Diese Versammlung wird von den Re-  
formburschenschaften einberufen und soll die  
Verständigung über die Art des Vorgehens anbahnen.  
Der Besuch der Versammlung steht jedem Studirenden,  
soweit er die Bestrebungen der Reformburschenschaften  
unterstützt, frei. Dem Aufruf entnehmen wir folgende,  
sich über das Wesen jener Vereinigungen aussprechende  
Stellen: „Der großartige Reformversuch der alten  
Burschenschaft ist der Ungunst der Zeit erlegen; ihre  
historischen Erben haben das burschenschaftliche Banner  
gesenkt und den eigentlichen Zweck ihres Daseins aus  
den Augen verloren. — Und doch ist nur auf Grund  
der altburschenschaftlichen Principien eine Besserung  
zu erwarten. — Diese Einsicht hat maßgebende Be-  
deutung gewonnen, seit am 28. Januar 1883 Dr.  
Klüster zu Berlin die Ideen einer allgemeinen deut-  
schen Burschenschaft auf Grundlage der altbursch-  
schaftlichen Principien von Neuem proclamirte. Auf  
seine Anregung hin sind in Berlin, Tübingen, Leipzig,  
Heidelberg, Jena, Greifswald Reformburschenschaften  
entstanden, welche das altburschenschaftliche Programm  
wieder aufgenommen haben. Laut den Satzungen  
des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes erstreben  
sie eine Reform des Studentenlebens auf Grund  
der folgenden Principien: 1) Pflege des nationalen  
Sinnes ohne Parteipolitik. 2) Pflege der studentischen  
Geschichte, besonders der burschenschaftlichen und Re-  
form-Ideen. 3) Wissenschaftlichkeit. 4) Princip des  
sittlichen Lebenswandels. 5) Princip, nicht über die  
Verhältnisse zu leben oder Schulden gegen Verpän-  
dung des Ehrenwortes zu machen. 6) Princip der  
freien Erziehung und Gleichberechtigung aller Mit-  
glieder; also Aufhebung jedes drückenden Fuchskom-  
mens. 7) Princip der körperlichen Ausbildung durch  
regelmäßiges Fechten, Turnen, Fußwandern, Schwim-  
men u. dergl. 8) Principielle Verwerfung des Zwei-  
kampfes und Streben, denselben allmählig ganz zu  
bannen; doch wird den augenblicklichen Verhältnissen  
Rechnung getragen.“

— Hamburg. Eine gerichtliche Untersuchung,  
die größere Ausdehnung zu gewinnen scheint, erregt  
hier gerechtfertigtes Aufsehen. Es handelt sich um  
gewerbmäßig geleistete Beihilfe zur Umgehung  
der Militärpflicht. Ein junger Mensch, der,  
als er hier auf der Durchreise nach Amerika ange-  
halten wurde, keinerlei Papiere mit sich führte, er-  
klärte auf die Frage, wie er denn ohne jeden Aus-  
weis fortzukommen gedenke, daß ihm ein hiesiger Gast-  
wirth versprochen habe, gegen Vergütung von 30 M.  
das „Nöthige“ schon besorgen zu wollen. Die Folge  
dieser Aussage war die sofortige Verhaftung des schon  
längst verdächtigen Wirthes, der vergeblich eine Bürg-  
schaft von 3000 M. anbot. Gleichzeitig wurden noch  
vier andere Personen verhaftet, unter diesen ein An-  
gestellter der Hafenzollerei. Die Gesellschaft soll einer  
nicht geringen Anzahl militärpflichtiger Leute aus  
allen Gegenden unseres Vaterlandes die gesegwidrige  
Auswanderung in überseeische Länder ermöglicht haben.

— Die „Gesellschaft für deutsche Koloni-  
sation“ hat sich an sämtliche in Deutschland be-  
stehenden Vereine, welche kolonialpolitische und über-  
seeische handelspolitische Ziele verfolgen, mit der Auf-  
forderung gewendet, sich zu einem allgemeinen deut-

schen Kolonisationsverband zusammenzuschließen. Zu  
dem Zweck, über die Vereinigung zu berathen, wird  
eine Delegirtenkonferenz aller Vereine in Berlin vor-  
geschlagen.

— Der Gedanke, eine internationale Ge-  
sundheits-Conferenz zur allgemeinen Festsetzung  
von Maßregeln zur Abwehr gegen Seuchen einzu-  
berufen, gewinnt unter den europäischen Mächten  
immer zahlreichere Anhänger. Angeregt wurde dieser  
Plan zuerst von Italien, begegnete aber anfangs nur  
einer sehr kühlen Aufnahme, da man sich allseitig  
der außerordentlichen Schwierigkeiten bewußt war,  
die der Ausführung desselben entgegenstehen. Haben  
doch die jüngsten wissenschaftlichen Erörterungen über  
die Abwehrmaßregeln gegenüber der Cholera-gefahr  
genügend dargethan, wie weit die Anschauungen der  
wissenschaftlichen Autoritäten, nicht bloß der verschie-  
denen Länder, auseinandergehen. Trotzdem dürfte  
es bei allseitigem guten Willen nicht schwer fallen,  
wenigstens anerkannte Grundzüge für die nöthigen  
Vorsichtsmaßregeln festzustellen.

— Einen Theil der Samoa-Inseln, welche  
früher im Besitz der Godefrich'schen Kompagnie waren,  
haben jetzt verschiedene englische Kaufleute von den  
Eingeborenen gegen bunte Bänder, Bibeln und an-  
dere „nützliche“ Gegenstände käuflich erworben! Wie  
lange wird es währen, so ist diese früher als deutsch  
bekannte Inselgruppe wieder für Deutsche verloren!

— Oesterreich. Anlässlich der Hinrichtung  
des Anarchisten Hermann Stellmacher wurde wie-  
derholt gemeldet, daß man in Wien große Besorg-  
nisse vor neuen Verbrechen der Anarchisten gehegt,  
und sehr umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen  
hatte. Als ein Beweis dafür, daß weder diese Be-  
sorgnisse, noch die Vorsichtsmaßregeln überflüssig wa-  
ren, und ferner als ein Beweis, daß die anarchitische  
Partei in Wien trotz des Ausnahmezustandes nur  
zu gut organisiert ist, wird aus der österreichischen  
Residenz folgendes geschrieben: Wie man sich er-  
innern dürfte, konnte in der Gerichtsverhandlung wider  
Stellmacher diesem die Theilnahme an dem Eisert's-  
chen Raubmorde nicht in ganz unzweifelhafter  
Weise nachgewiesen werden. Er selbst hat dieses  
Verbrechen geleugnet und dabei das charakteristi-  
sche Wort gesprochen: „Wir gestehen nur, was  
gegen uns bewiesen wird.“ Der Ausnahmegerichtshof  
hat den Stellmacher in der That nicht ein-  
stimmig des Raubmordes an Eisert und dessen Kindern  
schuldig erklärt, sondern es waren vier Richter für,  
zwei gegen die Schuld, während Stellmacher wegen  
des Mordes an dem Detektiv Blöck natürlich ein-  
stimmig verurtheilt wurde. Es ist nun die verblüffende  
Thatsache zu verzeichnen, daß von den sechs Richtern  
des Ausnahmegerichts gerade jene vier, die Stell-  
macher auch wegen des Eisert'schen Raubmordes schul-  
dig erkannten, seither Drohbriefe erhielten, wäh-  
rend die anderen zwei Richter unbehelligt blieben.  
Und die Drohbriefe besagen ausdrücklich, daß sie  
wegen jener Verurtheilung Stellmacher's erfolgt sind.  
Woher konnten die Schreiber der Drohbriefe erfahren,  
wie im Ausnahmegerichte abgestimmt wurde, und  
welche Richter speziell betreffs des Deliktes an Eisert  
für die Schuld Stellmachers waren und welche nicht?

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 11. August. Das anhaltend  
schöne Sommerwetter, welches wir seit einer Reihe  
von Jahren vermissen mußten, ist heuer wieder bei  
uns eingelehrt, ist aber auch gleichzeitig von vielen  
und zum Theil recht heftigen Gewittern begleitet.  
Glücklicherweise haben die Wetter die Kluren unserer  
nächsten Umgebung noch völlig unverfehrt gelassen  
und kein Feuerstrahl hat die Habe unserer Bürger  
eingesäht. Bei dem letzten Gewitter am Sonnabend  
Nachmittag schlug der Blitz jedoch in das Haus des  
Straßenwärters Friedrich Prügner auf dem  
Hübel und zündete; durch die Wachsamkeit und schnelle  
Hilfe der Hausbewohner wurde das Feuer aber noch  
im Entstehen unterdrückt. Ein 6jähriger Knabe des  
Handarbeiters Eduard Tuschke erer erhielt durch